



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 12. Oktober 2022
(OR. en)

13467/22

AGRI 529
AGRIFIN 117
AGRIORG 107

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Rat
Betr.:	Marktlage, insbesondere nach der Invasion in die Ukraine – Informationen der Kommission und der Mitgliedstaaten – Gedankenaustausch

Im Hinblick auf die Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) am 17./18. Oktober 2022 erhalten die Delegationen als Anlage einen Vermerk des Vorsitzes zum eingangs genannten Thema.

Die Lage auf den Agrarmärkten, insbesondere nach der Invasion in die Ukraine

Die europäischen Landwirte stehen in diesem Jahr vor vielen großen Herausforderungen. Der Krieg in der Ukraine hat tiefgreifende und unkalkulierbare Folgen, die wir nicht zu verschulden haben. Dieser Krieg dauert seit mehreren Monaten an und wirkt sich nach wie vor auf die Agrarmärkte aus. Die finanzielle Belastung des Agrarsektors wird für viele Erzeuger untragbar. Auf europäischer Ebene wurden Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine im Zusammenhang mit unterbrochenen Lieferketten und hohen Preisen abzufedern. Die EU hat unter anderem 500 Mio. EUR für eine außergewöhnliche Anpassungsbeihilfe (im Rahmen der GMO-Verordnung) für die am stärksten betroffenen Sektoren bereitgestellt und gleichzeitig einen befristeten Krisenrahmen für staatliche Beihilfen eingeführt.

Viele EU-Mitgliedstaaten waren dieses Jahr zu verschiedenen Zeiten auch von Dürren betroffen, die negative Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Erzeugung hatten und auch weiterhin haben werden. Im Hinblick auf den bevorstehenden Winter ist es äußerst wichtig und dringlich, die Herbstsaat, einschließlich Düngemittel und Pflanzenschutzmittel, sicherzustellen. Die Energieversorgung muss sichergestellt werden, um eine kontinuierliche Produktion auch in energieintensiven Industriezweigen zu gewährleisten.

Die Bereitstellung erschwinglicher Düngemittel stellt derzeit ein erhebliches Problem für die Landwirtschaft dar. Ein eingeschränkter Düngemiteleinsatz aufgrund teurer oder nicht verfügbarer Düngemittel führt zu einem Produktivitätsrückgang und kann nach und nach die Selbstversorgung der EU mit Lebensmitteln gefährden. Die derzeitige Situation hat jedoch nicht nur für die Landwirte negative Auswirkungen, sondern auch für die Düngemittelhersteller in der EU. Eine weitere Verschlechterung der Lage könnte zu einem Rückgang oder einer Einstellung der Produktion bei einigen Düngemittelherstellern in der EU führen, was sich unter anderem negativ auf die landwirtschaftliche Erzeugung auswirken würde.

Zweifel und Unsicherheit kennzeichnen auch die derzeitige Lage, mit der sich der europäische Markt für tierische Erzeugnisse konfrontiert sieht. Der unverhältnismäßig hohe Anstieg der Produktionsmittelpreise und die Tatsache, dass dieser Preisanstieg sich nicht in den Preisen für landwirtschaftliche Rohstoffe niederschlägt, sind unter dem Blickwinkel der tierischen Erzeugung als das schwerwiegendste Probleme anzusehen. Im Sektor tierische Erzeugnisse spielen jedoch andere Faktoren eine Rolle, darunter – zusätzlich zu den bereits erwähnten – die Seuchenlage, wobei die EU-Märkte für Schweinefleisch und Geflügelfleisch insbesondere durch die Afrikanische Schweinepest und die aviäre Influenza betroffen sind. Nach den Informationen der Kommission geht die Produktion in nahezu allen Tierhaltungssektoren zurück, was sich negativ auf die Selbstversorgung der EU auswirken könnte. Diese Situation wird sich durch den Beginn der Herbst- und Wintersaison, die in der Regel energieintensiv sind, und durch den erwarteten Anstieg der Mischfutterpreise noch verschärfen.

Angesichts der derzeitigen Entwicklungen auf den Agrarmärkten und der Notwendigkeit, mögliche weitere Schritte zu prüfen, schlägt der tschechische Vorsitz vor, sich bei den Beratungen auf die folgenden zwei Fragen zu konzentrieren:

1. Welche Erfahrungen und weiteren Erwartungen haben die Mitgliedstaaten in Bezug auf die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der Krise infolge der Invasion in die Ukraine, insbesondere in Bezug auf die Einführung der außergewöhnlichen Anpassungsbeihilfe im Rahmen der GMO-Verordnung oder den befristeten Krisenrahmen für staatliche Beihilfen?
2. Wie bewerten die Mitgliedstaaten die Auswirkungen des drastischen Anstiegs der Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel, insbesondere Düngemittel, und welche Maßnahmen würden sie für geeignet erachten, um diese Situation zu bewältigen, insbesondere im Hinblick auf deren Verfügbarkeit und die Verfügbarkeit von Betriebsmitteln für ihre Produktion?

